bündnis mit der Reichswehr erfolge und daß von seiten der preußischen Polizei keine Gegenwehr zu erwarten sei.

Die gegenseitigen Erklärungen des Herrn Reichskommissars für Preußen und des Herrn Reichswehrministers beweisen das Gegenteil. Die Behauptungen der SA-Leute legen aber eindringlich davon Zeugnis ab, in welch skrupelloser Weise versucht worden ist, eine gläubige Gefolgschaft gegen die Maschinengewehre der Polizei oder der Reichswehr anlaufen zu lassen, um sie für die Pläne unverantwortlicher Unterführer zu opfern und sie in dem sicheren Tod zu treiben."

•

Der letzte Satz dieser Enthüllungen des Berliner Stahlhelmmajors Stephani läßt bereits außerordentlich deutlich die Absicht der Schonung der „allerhöchsten" Nazisführung erkennen. Denn nicht umsonst werden die allumfassenden, von uns schon oft gebrandmarkten und neuerdings vom Stahlhelm eingestandenen Nazisputschvorbereitungen als „Pläne unverantwortlicher Unterführer" dagestellisiert. Das ist dieselbe Sprache, wie sie die Papenregierung bei Bekanntwerden der Putschpläne der Nazis geführt hat, um diese Pläne in ihrer Bedeutung zu verkleinern. Tatsächlich wurden die SA-Banden dadurch zu ihren mörderischen Bombenattentaten und hinterhältigen Mordaktionen gegen die revolutionären Arbeiter erst ermuntert. Und ermuntert wurden sie erst recht von ihrer obersten Führung, die diese Pläne selbstverständlich entworfen und ausgeheckt hat und die auch jetzt noch — wie es Röhm und Hitler erst in diesen Tagen getan haben — die SA- und SS-Horden unter dauernder Propagierung des „Notwehrrechtes" dazu anhalten „die roten Tischelamethoden blitzschnell zu beseitigen." Das sind ganz unzweideutige Aufforderungen zum Arbeitermord, die durch nichts abgeschwächt werden können. Auch nicht durch die

Bagatellisierung der Nazisputschpläne durch den Stahlhelm,

der diese Pläne nur enthüllt hat, um damit gegenüber Papen und Hindenburg eine Kampfpolitik für Hugenberg im Streit um die Ministersessel zwischen den Deutschnationalen und den Nazis zu gewinnen. Daß nur dies die Beweggründe für die Enthüllung obenstehender Tatsachen über die Nazisputschvorbereitungen sind, bestätigt selbst der „Angriff", das Berliner Organ der Nazis, das dem Stahlhelmführer Stephani in einem Artikel vorwirft, er habe die SA denunziert, daß sie Waffenlager der Reichswehr gestohlen habe. Und „das habe Stephani nur getan, weil „die Deutschnationalen an die Futterkrippe wollen."

Damit gestehen die sich nur feindlich gebärdenden Brüder die Wahrheit tatsächlich selbst. Denn es gibt selbstverständlich zwischen dem Stahlhelm und der SA keinerlei prinzipielle Gegnerschaft.

Im Gegenteil! Das Gemeinsame, das diese faschistischen Organisationen haben, das ist die — Gegnerschaft gegen das Proletariat, das durch die Mordrüstungen der faschistischen Reaktion auf das höchste gefährdet ist.

Darum sind auch die Stahlhelm-Enthüllungen über die Nazisputschrüstungen für die Arbeiter ein alarmierendes Signal zur Bildung und zur Stärkung des roten Massenselbstschutzes!

Hallo, Jungarbeiter! Was wird gespielt?

Aufruhr in den Arbeitsdienstlagern!

Unterstützungsentzug bei Arbeitsdienstverweigerung? . Schändliches Angebot des ADGB zur Mitarbeit am faschistischen Arbeitsdienst

Der bürgerlichen Journaille ist ein Regiefehler passiert. Vorzeitig enthüllten einige Zeitungen, was sich in Wirklichkeit hinter dem „freiwilligen Arbeitsdienst" verbirgt, über dessen Ausbau die Regierung gegenwärtig verhandelt. Noch dementiert das Reichsarbeitsministerium die Meldung, wonach bestimmte Jahrgänge der Jungerwerbslosen, weit über die zuerst vorgesehene Zahl von 200000 Mann hinaus, nur dann weiter unterstützt werden sollen, wenn sie sich zu ihrer Eingliederung in den Arbeitsdienst bereit erklären. Doch die programmatischen Erklärungen der Papenregierung zu ihrem „Wirtschaftsprogramm" lassen keinen Zweifel darüber: Fieberhaft wird gegenwärtig daran gearbeitet, um nach den Plänen des Nazi-Oberst Hierl den „freiwilligen" Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht, zur Zwangsarbeit für alle Erwerbslosen, die zu beispiellosen Hungerlöhnen geleistet werden soll, auszubauen.

Während die Papenregierung mit beschleunigtem Tempo an der Einführung der Zwangsarbeit tätig ist, bricht in den bereits bestehenden Arbeitsdienstlagern der faschistischen Organisationen der Aufruhr der Jugendlichen gegen die schamlose Ausbeutung und den militärischen Drill aus. Allein in 17 Arbeitsdienstlagern sind in den letzten Tagen die jugendlichen „Arbeitsfreiwilligen" gegen die jeder Beschreibung spottenden Arbeitsverhältnisse in Rebellion getreten, ein Beweis, in welch skrupelloser Weise die Arbeitslosen von den faschistischen Kapitalshyänen mißbraucht werden.

In Walzerlach (Bayern) streikten 110 Jungerwerbslose im Arbeitsdienstlager gegen miserable Verpflegung. Der Streik steht unter der Leitung eines einheitlichen, selbstgewählten Kampfausschusses.

In Werneu bei Berlin forderten die Jungerwerbslosen im Arbeitsdienst erhöhte Essenrationen und 15 Pfennig Zulage. Nach Ablehnung der Forderungen traten 36 Jugendliche in den Streik und erzwangen die Bewilligung ihrer Forderungen.

Im Kreise Arsheim (Westfalen) wurden auf Grund des Massenproteites der Erwerbslosen alle Maßnahmen zur Zwangsarbeit zurückgenommen.

In der chemischen Fabrik Köln-Kalk traten die dortigen abkommandierten Arbeitsdienstler in den Streik, nachdem ihnen nicht einmal der versprochene Wochenlohn von 1,80 Mark ausgezahlt wurde. Der Streik der Jugendlichen um ihre Forderungen dauert an.

Im Heilsberger Dreieck in Ostpreußen beschäftigt das Reichswehrkommando III 1000 Jungerwerbslose im Arbeitsdienst. Zur Bekämpfung der wachsenden Unzufriedenheit im Lager wurden 50 Jungarbeiter wegen revolutionärer Agitation aus dem Lager entfernt. Daraufhin traten 350 in den Streik und rückten aus dem Lager ab.

In Stahlhelmarbeitsdienstlager Vierburg (Rheinland) ist die ganze Belegschaft einer Stube, darunter drei Stahlhelmer abgerückt. Grund: die Verpflegung war zu schlecht.

In Riebecksdorf bei Berlin ist ein städtisches Arbeitsdienstlager des Magistrats Berlin. Dort sind nur uniformierte SA-Leute (150 Mann) die dem Sturm 13 angehören und Neuen zugeteilt sind. In diesem Lager kam es zu Arbeits- und Essensverweigerungen. Von den SA-Leuten wurden bei der Reichstagswahl 5 Stimmen für die KPD abgegeben. Bei Nacht und Nebel schlichen SA-Leute aus dem Lager, um sich von Neuen revolutionären Arbeitern kommunistische Flugblätter für das Lager geben zu lassen.

Im Arbeitsdienstlager Goldstein bei Schwanheim (Hessen) streiften 300 Jungarbeiter gegen eine Lohnreduzierung von 2 Mk.

Im Kreise Darkehnen (Ostpreußen) mußte ein Arbeitsdienstlager von 40 Jungerwerbslosen wegen Rebellion aufgelöst werden.

In Brandenburg (Stadt) streikte eine Arbeitsdienstbaubrigade von 30 Jungerwerbslosen.

In Eberswalde wurden 15 Jugendliche aus der Hitlerjugend ausgeschlossen, weil sie aus dem Arbeitsdienstlager ausrückten.

In Trebbin in der Mark führte der sozialdemokratische Flugverein Sturmvogel mit Berliner Junggewerkschaftlern ein Arbeitslager durch. Die reformistische Bürokratie mußte wegen Rebellion das Lager auflösen. Die Jugendlichen setzten die schwarze-goldene Fahne auf Halbmast und verließen das Lager.

In Elbing in Ostpreußen wurden erneut 80 Jungerwerbslose gezwungen, in das Arbeitsdienstlager der Reichswehr Heilsberger Dreieck zu gehen. Nach drei Tagen rückten sämtliche 80 Elbinger Jungerwerbslose geschlossen wieder in ihrem Heimatort an.

In Südbayern wurden auf den Arbeitsdienststellen Waldperlach, Neufreimann und Jamdorf 100prozentig besuchte Belegschaftsversammlungen der Arbeitsdienstler durchgeführt, eine zentrale Kampfleitung gewählt und der Streik beschlossen. **Bereits vor einigen Wochen streikten im Münchner Jugenddienst einige hundert Jungerwerbslose.**

Dieser Ausschnitt aus den sich entwickelnden Kämpfen der Jugend gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Diese Beispiele sind ein Beweis dafür, daß die Jungarbeiter unter Führung der RGO-Jugend und des Kommunistischen Jugend-Verbandes den Kampf in Antifaschistischer Aktion organisieren. Und dieser Kampf bekommt angesichts der Pläne der Papenregierung auf generelle Einführung der Zwangsarbeit doppelt große Bedeutung, denn es geht um mehr, als um die skandalöse Ausbeutung und militärische Erziehung der proletarischen Jugend, es geht um den Versuch des bankrotten Kapitalismus, mit der Zwangsarbeit ihrer zusammengebrochenen Produktion Hilfe auf Kosten der Werktätigen zu bringen.

Ein Sturm des Protestes muß sich dagegen in allen Gewerkschaften und an allen Stempelstellen erheben!

Gegen die rote Einheitsfront aller Arbeiter und Erwerbslosen gibt es keine faschistische Zwangsarbeit, auch wenn die Führer des ADGB und der SPD dabei sind. Organisiert überall die Jungarbeiter zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht, macht Sturm gegen die Pläne der faschistischen Bourgeoisie!

Forderungen der KPD im Reichstag

Das Parlament für 30. August einberufen . Genossin Zetkin wird trotz beispielloser Mordhetze der Nazis präsidieren

Berlin, 19. August (Eig. Drahtbericht)

Nach einer gestern erfolgten Rücksprache mit dem Reichspräsidenten hat der Reichstagspräsident den neugewählten Reichstag auf Dienstag, den 30. August, 15 Uhr, einberufen. Die bürgerliche Presse tobt darüber, daß nach den parlamentarischen Bestimmungen unserer Genossin Clara Zetkin berufen ist, den neuen Reichstag als Alterspräsidentin zu eröffnen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird die gesamte Notverordnungsfront von Wels bis Hitler zwingen, öffentlich Farbe zu bekennen. Fort mit Papen! Fort mit den Notverordnungen! Fort mit den Tributzahlungen! Das sind die klaren, unmißverständlichen Forderungen, die sie im Namen des gesamten werktätigen Volkes erheben wird.

Mordhetze der „Leipziger Neuesten Nachrichten" gegen Clara Zetkin

Bald nach den Reichstagswahlen setzte eine ungeheure Hetze gegen die Genossin Zetkin ein, die auf Grund der Tatsache, daß sie das älteste Mitglied des neugewählten Reichstages ist, denselben als Alterspräsidentin eröffnen wird. Mit offenen Mordandrohungen hetzen die Nazizeitungen gegen die Genossin Zetkin, und die ganze bürgerliche Pressemeute stimmt in diesen Chor ein.

Gestern brachten die „Leipziger Neuesten Nachrichten" einen Leitartikel, der nur so von den gemeinsten Beschimpfungen und Terrordrohungen gegen die Genossin Zetkin strotzt. Der Reichstag wird aufgefordert, sich „solch eine grobe Herausforderung" nicht gefallen zu lassen. Und dann kommt in nackten Worten das, was die Bourgeoisie verbirgt:

„So viel darf als sicher gelten: Wenn die Aelteste der Stipendiaten von Moskau sich dazu verleiten läßt, in der deutschen Volksvertretung das Amt des Alterspräsidenten wahrnehmen zu wollen, so gibt es einen Skandal von unübersehbaren Folgen."

Die Tatsache, daß die Genossin Zetkin als ältestes Reichstagsmitglied den neuen Reichstag eröffnen wird, wird hier zum Anlaß einer unerhörten faschistischen Hetzkampagne gegen die Kommunistische Partei benutzt. In dieser Zeit, in der die Klassengegensätze sich täglich verschärfen, versuche die Bourgeoisie mit allen Mitteln des Terrors und der Provokation gegen die KPD als einzige antifaschistische und antikapitalistische Partei vorzugehen. Auch die Eröffnung des Reichstages durch die Genossin Zetkin soll dazu benutzt werden, den Terror gegen die KPD zu verstärken.

Nicht nur die Kommunisten, sondern die gesamte Arbeiterschaft muß sich gegen diese unerhörte Provokation zur Wehr setzen. Sie muß die Legalität der Kommunistischen Partei verteidigen bis zum äußersten. Und die Genossin Zetkin wird sich von keiner Morddrohung davon abschrecken lassen, ihre selbstverständliche Pflicht als Vertreterin der Kommunistischen Partei zu erfüllen!

SPD bietet sich der faschistischen Schleicher-Diktatur an

Severing rühmt sich wieder seiner Kommunistenhatz . SPD für eine Einheitsfront mit Wessarp, für faschistische Diktaturmaßnahmen und Verfassungsänderung

Das diktatorisch abgesetzte preußische Kabinett Severing-Hirtsiefer hat dem Staatsgerichtshof eine neue Klagerklärung zukommen lassen, in der es wörtlich heißt:

„Die Reichsregierung hat ferner behauptet, daß das preußische Ministerium des Innern nicht mit der genügenden Energie gegen die Kommunisten vorgegangen sei. Auch dieser Vorwurf wird an der Hand eingehenden Tatsachenmaterials widerlegt."

In der Tat zeigt Severing in seinem Tatsachenmaterial, daß er kaum gegen die Nazis und fast ausschließlich gegen die Kommunisten mit schärfster Rücksichtslosigkeit vorgegangen ist. Hört, sozialdemokratische Arbeiter! Dessen rühmt sich noch SPD-Severing und bietet sich indirekt zur Fortsetzung der Kommunistenhatz an!

Das ist der Kurs der Sozialdemokratie! Noch in der schlesischen SPD-Zeitung „Volkswacht" tritt ein Artikel von Siegfried Marck offen ein für

„eine Wiederherstellung der von Weltarp bis Breitscheid reichenden Front der Hindenburg-Wahl zur Abwehr des Faschismus (?!) . . . Gewiß müßte auch eine solche Politik angesichts des jetzigen Parlaments mit Ausnahme-Maßregeln arbeiten . . . (es) lassen sich Fragen der Reichs- und Verfassungsreform mit gleichen Konservativen zweifellos diskutieren. Aus einer solchen Diskussion könnte . . . sich auf einer mittleren Linie eine gemeinsame Basis vielleicht finden lassen."

Unter dem löcherigen Deckmantel der „Abwehr des Faschismus" bietet sich also die Sozialdemokratie dem Faschismus-Schleicher an und erklärt sich offen für eine Einheitsfront von Wels bis Wessarp, für „Ausnahme-Maßregeln", d. h. für das faschistische Diktaturregime und für die faschistischen Pläne der Verfassungsänderung!

Sozialdemokratische Arbeiter, antwortet auf diese Kapitulations- und Verratspolitik! Bildet vor allem in den Betrieben, sowie auf den Stempelstellen die proletarische Einheitsfront mit den Kommunisten gegen Hunger, gegen Schleicher und gegen Hitler.

Ein Beispiel für Pressewerbung!

Die Genossen von Neugersdorf haben am vergangenen Sonnabend wiederum 270 Exemplare der „Arbeiterstimme" verkauft und für morgen 400 Stück bestellt!

Was die Genossen von Neugersdorf bei guter Organisation und Arbeitsfreude für die kommunistische Presse fertig bringen, muß in jedem anderen Ort auch möglich sein.

Verstärkt die Werbearbeit für eure Zeitung!

Wohlfahrtspolizei im Wasser

IM-Sachsendienst verbreitet folgende Meldung aus Leipzig:

Im Freibad am Hochuferbecken, das täglich von mehr als 10 000 Badegästen besucht wird, haben Wohlfahrtsbeamte am Dienstag beschlagnahmt die dort sich aufhaltenden Straßenhändler auf ihre Ausweise nachgeprüft. Als verschiedene Händler, die keine gültigen Ausweise besaßen, festgestellt worden waren, drängte eine geschlossene Menge von etwa 2000 Personen die Wohlfahrtspolizeibeamten gegen den Uferrand und verlangte von ihnen die Herausgabe der Aufschriebe, widrigenfalls die Beamten ins Wasser geworfen würden. Die Beamten weigerten sich. Sie wurden tatsächlich in voller Ausrüstung ins Wasser geworfen. Ein Ueberfallkommando mit zehn Mann erschien, konnte aber dieser Menge gegenüber nichts ausrichten. Es wurde eine Hundertschaft eingesetzt, die die erregte Menge schließlich auseinandertrieb, der es aber auch nicht gelang, die Rädelsführer zu ermitteln.

Proletarische Verteidigung von der Klassenjustiz abgesetzt

Im Fellenek-Prozeß hat das Gericht die vor mehreren Wochen bereits ausgesprochene Drohung gegen den Rechtsanwalt Litten, dem Verteidiger der Fellenek-Kolonisten in die Tat umgesetzt und dem genannten Anwalt durch Gerichtsbeschluß die Verteidigung der Angeklagten entzogen. Der in der Strafprozeßgeschichte einzig dastehende Rechtsbruch wird von dem Gericht mit einer ellenlangen Erklärung begründet, in der Dr. Litten vorgeworfen wird, daß er den Prozeß zu politischen Zwecken ausnutze. Insbesondere wird auf einen Konflikt Bezug genommen, den Genosse Litten in der letzten Sitzung des Gerichts mit dem Gericht anläßlich der Beanstandung einer Frage hatte. Die Angeklagten nahmen den Gerichtsbeschluß mit großem Protest entgegen und sangen demonstrativ die Internationale. Mit Polizeigewalt wurden die Angeklagten, darunter ein Schwerkranker, der ohnmächtig wurde, aus dem Saale entfernt. Rechtsanwalt Litten hat gegen die Willkürakte des Klassengerichtes sofort bei den maßgebenden Instanzen Protest eingelegt.

Alle Arbeiter müssen mit der Roten Hilfe gegen den Rechtsbruch im Fellenekprozeß und gegen die Faschisierung der Klassenjustiz, für die Befreiung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen kämpfen.

Nazi-Ortsgruppen meutern

Aus dem ganzen Reiche laufen Meldungen über die wachsende Unzufriedenheit in den Reihen der Hitlerpartei ein — vor allem aber in den Sturmabteilungen.

In Köln ist es zu einer schweren Meuterei der SA gekommen. Das Naziblatt der „Westdeutsche Beobachter" veröffentlichte am 17. August einen Befehl, daß der Sturm 14/25 in Köln „mit sofortiger Wirkung aufgelöst" wird.

In Zeitz hat die wüste Korruption der örtlichen Nazigrößen zu einer Rebellion der werktätigen NSDAP-Mitglieder geführt. Der Gauleiter Jordan löste daraufhin die ganze Ortsgruppe auf.